

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

helf, seine Liebe zur neuen Heimat am besten da, wo er ihre Mängel und Gefahren aufdeckte.

Auch Widmanns Stellung zur Literatur seiner Zeit, seine Gedanken über den Schriftstellerberuf, sein Urteil über den aristokratischen Charakter der deutschen Poesie „auch in ihren höchsten Leistungen, Goethe am wenigsten ausgenommen“ und so vieles andere noch ließe sich dank der trefflich ausgewählten Belegstellen in ein klares, oft überraschendes Licht rücken.

Von seinen Freundschaften, die in diesem Buche so eingehend geschildert werden, haben wir kaum, von seinen Werken, die den Hauptteil ausmachen, gar nicht gesprochen. Und so viele lebenswerte Züge seines Wesens, seine Selbstlosigkeit im Dienst für andere, seine Ritterlichkeit gegenüber Wehrlosen, seine Liebe zu Kindern und ursprünglichen Menschen auch aus dem niedern Volk, seine Bescheidenheit in der Einschätzung und Geltendmachung des eigenen literarischen Verdiensts — das alles wird der Leser umso lieber selber in dem Buche entdecken, weil der Verfasser den Takt des Herzens gehabt hat, diese liebwerthen Eigenschaften nicht mit hochtönenden Worten zu preisen, sondern ausschließlich erzählten Beispielen reden zu lassen.

Das Buch ist auch in dieser Hinsicht ein des Dichters und Menschen Widmann würdiges Denkmal.

Politische Rundschau

Militärische Umschau.

Zur Annahme der neuen Truppenordnung — Rüstungsstatistiken — Die Schweiz. Armee als Völkerbundstruppe.

Am 3. Oktober 1924 hat der Nationalrat die neue Truppenordnung angenommen. Interessanter als die Schlußabstimmung, durch die der Bundesbeschluß in globo gutgeheißen wurde, ist die Abstimmung über den sozialdemokratischen Ordnungsvorschlag, die Behandlung der Vorlage bis zum Zeitpunkt zu verschieben, an dem die Frage der Abrüstungskonferenz abgeklärt sei. Es ist klar, daß die Sozialdemokraten nicht die bloße Verschiebung, sondern die Ablehnung der neuen Truppenordnung bezweckten. Taktisch gingen sie aber geschickt vor und nützten gewandt die Schwächen aus, die ihnen die offizielle bürgerliche Völkerbundspolitik darbot. Sie erinnerten an die Versprechungen, mit denen das Schweizervolk 1920 zum Eintritt in den Völkerbund verlockt worden war, erwähnten die Abrüstungsbestrebungen und die Anstrengungen zur Herstellung und Festigung eines dauerhaften Friedens seitens des Völkerbundes, erblickten in der bundesrätlichen Vorlage eine Bekundung des Unglaubens gegenüber demselben und wiesen schließlich auf den klaffenden Widerspruch zwischen den Worten Mottas in Genf und den Taten Scheurers in Bern. Die Lobpreisung des Völkerbundes nahm sich freilich merkwürdig aus im Munde der Sozialdemokraten, die den gegenwärtigen Völkerbund stets bekämpft hatten. Ihre Argumentation war aber von vornherein mehr ironisch gemeint. Sie legten die Gründe dar, deren sich bei konsequenter Fortführung der offiziellen Politik ihrer Meinung nach eigentlich die Völkerbundsfreunde hätten bedienen müssen. Die Völkerbundsfreunde waren denn auch über die

Umkehrung des Spießes etwas unangenehm berührt und erklärten in gewundenen Reden, daß allerdings . . . , aber . . . ! Der Verschiebungsantrag wurde schließlich mit 118 gegen 55 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Mit den Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten auch einige bürgerliche Parlamentarier für die Verschiebung. Auffallend ist nun, daß sich diese bürgerlichen Parlamentarier hauptsächlich aus den Kantonen Tessin und Genf rekrutieren. Bei den Tessinern mag das Zusammengehen mit der parlamentarischen Linken in ihrer traditionellen Gleichgültigkeit militärischen Dingen gegenüber begründet sein. Von den 9 Genfer Vertretern stimmten 3 für den Verschiebungsantrag, während weitere 4 durch Abwesenheit der Stimmabgabe entgingen. Was mag wohl die Genfer dazu bewogen haben, den sozialdemokratischen Verschiebungsantrag direkt oder indirekt zu unterstützen? Sind sie durch die Nähe des Völkerbundsitzes derart von dem Gelingen der geplanten Abrüstungskonferenz überzeugt, daß sie glaubten, einer Reorganisation der schweizerischen Truppen entraten zu dürfen? Jedenfalls lag die Stellungnahme dieser dissidenten Bürgerlichen nicht in der Absicht der bürgerlichen Mehrheit und der von ihr unterstützten inneren Politik begründet. Sie zeigt aber, daß die seit Kriegsende von den höchsten Bundesbehörden gepredigte und befolgte Politik mancherorts ernster genommen wird, als ihren Urhebern lieb ist. Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!

* * *

Die 3. Völkerbundsversammlung hatte beschlossen, eine Statistik über die Rüstungen der Mitgliedstaaten aufzustellen und zwar einerseits über die 1923 vorhandene Friedenspräsenzstärke der Land-, See- und Luftstreitkräfte und andererseits über die Budgetausgaben für die Landesverteidigung. An Landstreitkräften ergibt sich für die hauptsächlichsten Völkerbundsstaaten Europas folgende Zusammenstellung:

Belgien	132,000
Dänemark	11,000
Frankreich (inkl. Kolonialtruppen und Garde républicaine)	687,000
Großbritannien (ohne indische Armee und ohne Truppen der Dominions)	228,000
Italien (inkl. Carabinieri)	308,000
Niederlande	29,000
Norwegen	2,400
Osterreich	30,000
Polen	(keine Angaben)
Schweden	36,000
Schweiz	106,000
Tschechien	163,000

Diese Zahlen stellen in der Regel das stehende Heer des betreffenden Landes dar. Die norwegische Regierung teilt z. B. ausdrücklich mit, daß in der Zahl 2400 nur die Offiziere, die Unteroffiziere und die Teilnehmer der Militärschulen inbegriffen sind, da der gewöhnliche Truppendienst sehr kurz sei. Eine Ausnahme von dieser Regel machen Dänemark, dessen Armee in der Umorganisation begriffen und Gegenstand eines Experimentes der dänischen sozialistischen Regierung ist, und die Schweiz. Die Schweiz hat kein stehendes Heer. Die Zahl 106,000 stellt nach einer unscheinbaren Anmerkung die Zahl der Wiederholungskurspflichtigen dar. Infolge der ziffernmäßigen Gleichsetzung der schweizerischen Milizarmee mit den ausländischen stehenden Heeren erscheint die Schweiz aber als der prozentual stärksten gerüstete Staat Europas, während sie in Wirklichkeit, mit Ausnahme von Dänemark, am weitesten zurücksteht.

Auf ähnlich falscher Grundlage basiert eine Tabelle in Ernst Tieszen, Versailles und Fortsetzung,*) die in Verbindung mit einer Skizze

*) Ernst Tieszen, Versailles und Fortsetzung. Eine geopolitische Studie. Berlin-Grünwald 1924. Kurt Bowninkel, Verlag.

die militärische Einkreisung Deutschlands veranschaulichen soll. Für die bereits angeführten Staaten findet Liefen folgende Zahlen:

Staat	Heeresstärke	Marine	Total	Auf 1000 Einw. entfallen Mann
Belgien	83 000		83 000	11
Dänemark	60 000		60 000	20
Deutschland	100 000	15 000	115 000	1 $\frac{1}{2}$
Frankreich	550 000	25 500	575 500	14 $\frac{1}{2}$
Großbritannien	340 000	99 500	439 000	10
Italien	250 000	41 000	291 000	7 $\frac{1}{2}$
Niederlande	24 900	600	25 500	3 $\frac{1}{2}$
Norwegen	60 000		60 000	23
Oesterreich	30 000		30 000	5
Polen	290 000		290 000	10
Schweden	120 000		120 000	20
Schweiz	160 000		160 000	42
Tschechien	150 000		150 000	11

Die militärische Einkreisung des Deutschen Reiches ist eine Tatsache, die wir nicht bestreiten wollen. Daß aber gerade die Schweiz und die skandinavischen Staaten, also ausgerechnet die Staaten, die bekanntermaßen am wenigsten gerüstet sind, als die verhältnismäßig stärksten gerüsteten erscheinen, beruht auf einem Trugschluß, da hier jeder Dienstpflichtige mitgezählt wird, während bei den andern Ländern die Anzahl der im stehenden Heer, vielleicht auch der momentan einberufenen Soldaten, in Anrechnung gebracht wird. Die Rangierung der Schweiz als prozentual stärkster gerüsteter Staat Europas mit 42 Soldaten auf 1000 Einwohner wirkt direkt lachhaft. Bei Außenstehenden oder Uebelwollenden kann sie aber auch eine weniger harmlose Wirkung erzielen. Ohne uns im Einzelnen mit den teilweise sehr widerstreitenden Zahlen der aus verschiedenen Quellen schöpfenden Statistiken auseinanderzusetzen, muß doch auf die beidmalige Verkennung des schweizerischen Milizsystems hingewiesen werden. Aus solchen irreführenden Orientierungen, wenn sie z. B. einer Abrüstungskonferenz als Grundlage dienen, könnten uns schwerwiegende Unannehmlichkeiten erwachsen. Es sei in diesem Zusammenhang nochmals an den in diesen Hefen bereits erwähnten schlechten Eindruck erinnert, den die diesjährigen Manöver der 2. Division bei einzelnen Teilnehmern der Völkerbundsversammlung hervorgerufen haben.

* * *

In einer Broschüre vom März 1921 untersucht Oberst Lecomte*) die Stellung der schweizerischen Armee nach dem Eintritt der Schweiz in den Völkerbund. Er entwickelt darin originelle Gedanken, die von einem flotten Soldatengeist, weniger dagegen von einer klaren Einschätzung unserer politischen Lage zeugen. Nach ihm standen einem Kleinstaat bisher zwei politische Möglichkeiten offen: Allianz mit einer Großmacht oder absolute Neutralität, die gleichbedeutend sei mit einem Lavieren, damit man nicht in die Hände der andern gezogen werde, und die ferner die Gefahr in sich berge, daß man eines Tages isoliert dastehe. Der Grund, warum die Schweiz diesen zweiten Weg eingeschlagen habe, liege in ihren inneren Wirren begründet, früher in den Religionskriegen und seit dem letzten Jahrhundert in der völkischen Verschiedenheit. Heute habe sich für die kleinen Staaten eine dritte Möglichkeit, Politik zu treiben, aufgetan: der Beitritt zum Völkerbund. Le peuple suisse, sans peut-être bien se rendre compte de ce qu'il faisait, a choisi cette nouvelle voie. Damit sei die Schweiz nicht mehr zu einer absoluten Neutralität, dieser conception préhistorique, verurteilt.

In einem Kriegsfall habe die Schweiz nach wie vor die Aufgabe, ihre Grenzen zu verteidigen und sich der Kriegskosten anzunehmen. In Friedens-

*) Colonel Lecomte: L'Avenir de l'Armée Suisse. Editions Forum Neuchâtel et Genève. Paris, 33, rue de Seine.

zeiten erwache ihr die Aufgabe, in gewissen Fällen die Vollstreckung von Völkerbundsentscheiden zu sichern. Zu diesem Zwecke müsse ein Teil der Armee zu einer internationalen Gendarmerie ausgestaltet werden. Dieser Dienst würde unserer Armee z. T. den Kolonialdienst ersetzen, der in andern Heeren den kriegerischen Geist und die Kampfgewohnheit wachhalte. Die persönliche Gefahr sei gering zu achten; übrigens hätten die alten Eidgenossen auch manchmal eins abbekommen, ohne sich groß aufzuregen. Alle Kosten fallen zu Lasten des Völkerbundes. In einem Kriegsfall würden sich die Truppen zurückziehen und das Feld den Kriegführenden überlassen. Alles in allem seien die Vorteile einer solchen Völkerbundspolitik größer als die Nachteile. Bei Beibehaltung der absoluten Neutralität würden wir Gefahr laufen, daß sich unsere Nachbarn schon in Friedenszeiten zum Schaden unserer Volkswirtschaft und auch unserer Kriegsbereitschaft nicht mehr um unser Schicksal kümmern würden. *Mieux vaut un faible risque de mort violente que la quasi-certitude de mourir d'anémie, qui serait le résultat final de notre intransigeance.* Den Schluß bildet der Entwurf eines Vertrages zwischen unserer Regierung und dem Völkerbund, wonach letzterer oder eines seiner Mitglieder (!) nicht nur sämtliches notwendiges Kriegsmaterial für die internationale Polizeitruppe, sondern überhaupt für die ganze Armee liefern soll! Mit andern Worten: die schweizerische Armee und damit die Unabhängigkeit der Schweiz steht unter der Kontrolle des Völkerbundes oder eines interessierten Mandatars, in dessen Macht es liegt, uns das versprochene Material eventuell auch nicht zu liefern. Die Abdankung der staatlichen Selbständigkeit wäre damit vollständig, die Armee fremden Interessen dienstbar gemacht und von Staatswegen zu einer Keiskläufertruppe großen Stils gestempelt. Denn auch die in der Heimat verbleibenden Truppen (Gebirgs- und Festungstruppen) haben nur den Zweck, im Interesse Europas jedermann den Übergang über die Alpen zu verwehren; die gesamte Feldarmee ist umgewandelt zur Völkerbundsgendarmerie.

So sehr wir unserer Armee den Besitz vermehrter praktischer Dienst- erfahrung wünschen, so glauben wir kaum, daß das Schweizervolk, nachdem es unversehrt aus dem Weltkrieg hervorgegangen war, durch den Beitritt zum Völkerbund die versäumte Verwicklung in den Krieg nachzuholen trachtete. Denn darüber müssen wir uns von vornherein klar sein: nachdem wir uns einmal aktiv in den Dienst des Völkerbundes, also der heutigen Siegerkoalition, gestellt haben, wird sich kein Staat mehr, der sich gegen die Liga oder einen ihrer Entscheide auflehnt, an die militärische und differenzierte Neutralität der Schweiz halten. Dann haben wir auf jenen Rest von Neutralität, den wir in der Londoner Deklaration noch retten konnten, freiwillig und zum Voraus verzichtet. Die Interventionspolitik, wie sie von Oberst Lecomte befürwortet wird, würde uns unfehlbar in die Konflikte der Großmächte hineinziehen und hätte in Bälde „la mort violente“ der Schweiz zur Folge.

Zürich, den 24. November 1924.

Karl Bertheau.

Zum Boykott der Schweiz durch die Sowjets.

Es werden unter uns Stimmen laut, die dem Bundesrat zumuten, bei der Regierung in Moskau zu sondieren, ob nicht eine wirtschaftliche Annäherung möglich sei. Nichts wäre für uns unwürdiger und schädlicher, als solchen, dem Privatinteresse, der *Défaillance intéressée* gewisser Kreise entstammenden Wünschen das Ohr zu leihen.

Zwar hat einmal ein englischer Politiker gesagt, die Barbarei einer fremden Nation hindere nicht, nützliche Verträge mit ihr einzugehen. So sei man ja auch immer mit der Türkei auf Vertragsfuß gestanden. Aber was England, die Weltmacht, sich leistet, nach dem Grundsatz: *right or wrong: my country*, das

frommt nicht unserer kleinen, wesentlich durch das bißchen Respekt unserer Nachbarn bestehenden Schweiz.

Es mag sein, daß trotz dem uns auferlegten Boykott es einmal den Bolschewiki in Moskau in den Kram dient, unsere verklauusulierten Entschuldigungen wegen des Lausanner Urteils auf sich beruhen zu lassen und uns einige kleine Konzessionen in Aussicht zu stellen, um dagegen unsere Anerkennung und damit eine mächtige, unkontrollierbare Propaganda-Zentrale auf unserem Boden zu gewinnen. Welch unerträgliche Quelle unaufhörlicher Unruhe, endloser Reklamationen von allen Seiten das für uns wäre, haben wir doch wohl endlich aus der Vergangenheit gelernt, abgesehen davon, wie eine solche Zentrale unseren schweizerischen Moskowitern den Kamm schwellen, und die blindgläubige Masse ihrer Anbeter neu aufstacheln würde.

Und was die, in Sowjetrußland zu erlangenden wirtschaftlichen Vorteile betrifft, so wissen unsere Russenschweizer ein Lied davon zu singen, daß Versprechen und Halten alldort zweierlei ist, zumal den Bourgeois gegenüber, deren Ausrottung durch die Weltrevolution einen Verfassungsartikel jenes „Staates“ bildet. Daß Rußland keine Mittel besitzt, um nur seinen schreiendsten Nöten zu steuern, geschweige denn Rohprodukte gegen unsere Industriewaren umzutauschen, ist weltnotorisch. In Rußland ist jeder Privathandel verpönt, die Regierung allein ist Käufer und Verkäufer und müßte den Bauern rauben, was sie an Waren den fremden Händlern anzubieten hätte. Welch ein System!

Was würden wir also mit Anerkennung Rußlands, Beseitigung des Boykotts und wirtschaftlichen Annäherungsversuchen gewinnen? Nichts als Demütigung, Enttäuschung, die verdiente Verachtung der Bolschewiki, und — ein unvertilgbares Nest von Propaganda auf unserm kleinen Territorium, Ellbogen an Ellbogen mit — dem Völkerbund! Welche Aussichten! Dann ist noch ein Punkt, von dem aus wir sagen müssen: gesegnet sei der Boykott, der uns von der Berührung mit jener Koterie in Moskau schützt. Mögen Großmächte sich mit diesem Punkt abfinden. Ist es aber eines auch noch so bescheidenen Staates, ist es der ältesten Republik Europas, ist es eines christlichen Landes würdig, mit andern — wenn auch Großstaaten — sich an die russische Krippe zu drängen, nach alledem, was wir an Unrecht von daher erlitten haben? Wir würden uns dadurch bei den jetzt regierenden Russen geradezu ins Unrecht setzen, und würden durch ihre überlegene asiatische Diplomatie uns eine Niederlage nach der andern zuziehen.

Darum mögen diesmal unsere „Konsulen“ doppelt genau zusehen, daß unsere Res publica keine Schlappe erleide. C.

Zur politischen Lage.

Ägypten. — Nach den englischen und vor den deutschen Wahlen. — Um- und Neubildungen.

Die Revolvergeschüsse auf den englischen Oberkommandierenden im Sudan haben rasch einen gewaltigen Widerhall gefunden. Die englische Regierung scheint den Mord als willkommenen Vorwand zur endgültigen Regelung der ägyptischen Verhältnisse benutzen zu wollen. Mehr und mehr wird es Sitte, solche Attentate zum Ausgangspunkt für längst geplante politische Aktionen zu nehmen; man denke an Serajewo, an den Zug Mussolinis nach Korfu u. s. w. Wir haben schon im letzten Heft darauf hingewiesen, wie unangenehm die Lage in Ägypten für England bereits geworden ist. Die Politik der Nachgiebigkeit hat sich dort ganz und gar nicht bewährt. Je mehr die Ägypter die Zügel sich lockern fühlten, desto anspruchsvoller wurden sie. Sie verlangten nicht nur die völlige Unabhängigkeit ihres eigenen Landes, die Entfernung der letzten englischen Beamten aus der ägyptischen Verwaltung und die Räumung der wenigen englischen Garnisonen im Nilland, sondern

sie richteten ihre Blicke bereits auf die Kanalzone und den Sudan. Sie suchten dort die englische Herrschaft immer mehr zu untergraben, betrieben eine emsige Wühlarbeit unter der eifrig mohammedanischen Bevölkerung und brachten sogar die dort stehenden ägyptischen Truppen zu offener Widersetzlichkeit. Die Lage in den letzten Jahren war in Ägypten also die: Die nationalistische Bewegung befand sich in offener Entwicklung und immer größerer und hemmungsloser Entfaltung, während England Schritt für Schritt zurückwich. Wir machten das letzte Mal schon darauf aufmerksam, daß dieses Zurückweichen nicht lange mehr so weiter gehen könne. Es muß unbedingt sein Ende finden, wenn Lebensinteressen des englischen Weltreiches bedroht werden. Und mit dem Übergreifen der ägyptischen Bewegung nach dem Sudan und dem Gebiete des Suezkanals wurde die Etappenstraße nach Indien, dem Kernpunkt des englischen Machtgebäudes, bereits sehr empfindlich bedroht. Schon die Regierung Mac Donalds hatte dem ägyptischen Ministerpräsidenten Zaglul Pascha aufs deutlichste zu verstehen gegeben, daß auch sie an keine weiteren Konzessionen dachte. Die neue konservative Regierung nun hat die Gelegenheit sofort ergriffen, um reinen Tisch zu machen. Die von ihr an Ägypten gestellten Forderungen können keineswegs als bloße Sühne für die Ermordung eines englischen Offiziers betrachtet werden. Sie sind vorher reiflich überlegte Punkte eines Programms, das die Sicherung der englischen Herrschaft im Nilgebiet erstrebt. Eine Forderung bezieht sich auf die Aufrechterhaltung, beziehungsweise Wiederherstellung des englischen Einflusses innerhalb der ägyptischen Verwaltung. Die Kontrolle durch englische „Berater“ soll für die Finanzen, die Bewässerungsanlage u. s. w. beibehalten und wieder eingeführt werden. Eine andere Forderung versucht die politische Agitation der Nationalisten einzudämmen. Außerdem wollen die Engländer nun die letzten Reste der unzuverlässigen ägyptischen Beamten, Offiziere und Truppen unverzüglich aus dem Sudan entfernen. Das bedeutet selbstverständlich, daß die bisher der Form nach gewährte Mitregierung Ägyptens im Sudan nun vollständig aufhören soll. Von da bis zur rechtlichen Festlegung dieses Zustandes ist kein großer, in englischen Augen aber auch kein wesentlicher Schritt mehr. Schließlich sei auch noch die Forderung erwähnt, die der Sudanregierung das Recht zur Abzapfung einer größeren Wassermenge aus dem Nil verleihen will. Es handelt sich hier um eine weitere Ausdehnung der von England im Sudan mit größtem Erfolg durchgeführten Einführung der Baumwollkultur. Da Baumwolle das hauptsächlichste Erzeugnis Ägyptens für den internationalen Markt ist, so bedeutet das die Schaffung einer ausgesprochenen Konkurrenz. Die Maßnahmen der englischen Regierung sind also außerordentlich zielbewußt und treffen Ägypten an den empfindlichsten Stellen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Oberkommissär Marshall Allenby, der selbstverständlich schon längst von den Absichten seiner Regierung unterrichtet ist, ihre Durchführung mit der größten Energie betreiben wird. Vielleicht kommen im Laufe des nun entbrannten Streites auch noch andere englische Wünsche zum Vorschein.

* * *

Die ägyptischen Ereignisse sind eine unmittelbare Folge des großen Umsturzes in England. Dieser ist in einer derart durchschlagenden Art und Weise überall vollkommen überraschend gekommen. Man lese einmal die Wahlvorausagen in der Presse der gesamten Welt nach. Man wird finden, daß niemand auch nur entfernt an diesen Wahlausgang gedacht hat. Wo liegen wohl die Gründe? Es ist ja ganz klar, daß jede Regierung im Zeichen des Parlamentarismus sich mit der Zeit automatisch abnützt. Die Regierung Mac Donalds hat aber doch keine derartigen Schnitzer gemacht, daß sie für den Durchschnittsengländer hätte unerträglich werden müssen. Das hat doch auch das Anschwellen der Stimmen der Arbeiterpartei bewiesen. Wohl mag nun die Snowjew-Affäre viele englische Bürger stußig gemacht haben. Es ist ihr sicher ein gewisser Anteil am Wohlausgang zuzuschreiben. Die Zerschmetterung der liberalen Partei aber scheint doch darauf hinzuweisen, daß der Zug der Massen in England einfach nach einer klaren Lösung ging. Man darf nicht

vergeffen, daß der stimmfähige Engländer seit Jahrhunderten bloß zwischen zwei Parteien zu wählen hatte, die einander regelmäßig ablösten. Nun waren plötzlich seit den letzten Wahlen drei starke Gruppen vorhanden, für die er sich nun zu entscheiden hatte. Es lag sehr nahe, besonders bei der schwankenden Politik der uneinigen und unentschlossenen liberalen Partei, sich für den einen oder andern Flügel zu entscheiden. Alle diese Gründe miteinander brachten eine starke Wahlbeteiligung und ein starkes Anschwellen der konservativen Stimmen, einen Schwächern, aber noch immer ansehnlichen Gewinn der Arbeiterpartei und einen starken Rückgang der Anhänger der Liberalen zu Stande. Nur durch das englische Wahlssystem aber war es möglich, daß sich diese immerhin nicht allzu umfangreiche Verschiebung zu einem derart durchschlagenden Mandatserfolg der konservativen Partei gestaltete. Man darf nicht vergeffen, daß diese auch jetzt noch nicht die Hälfte der Wählerschaft hinter sich hat, trotzdem aber weit mehr als $\frac{2}{3}$ der Sitze gewinnen konnte. So ist es möglich gewesen, daß die Regierung Mac Donalds über einen geringfügigen Anlaß stolperte und dem konservativen Gegner weichen mußte. Es ist eine typisch englische Entwicklung, die unserer politischen Auffassung doch sehr ferne liegt.

Nun ist das zweite Kabinett Baldwin am Ruder und verfügt im Gegensatz zur vorherigen Regierung über eine vollkommen sichere Parlamentsmehrheit. Für ein paar Jahre wird nun wohl die englische Politik den konservativen Kurs nicht mehr verlassen. Die neue Regierung hat von Anfang an sehr entschlossen und energisch eingegriffen. Schlag auf Schlag folgen sich die grundsätzlich bedeutungsvollen Entscheidungen. Zuerst gab Baldwin unzweideutig zu erkennen, daß er von dem Benesch-Protokoll ganz und gar nicht erbaut sei. Noch werden verzweifelte Anstrengungen gemacht, um es trotzdem zu retten. Es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß England für diese Pläne auch in Zukunft nicht zu haben sein wird. Allerdings war es ja auch schon sehr zweifelhaft, ob Mac Donald wirklich das Protokoll schließlich ratifiziert hätte. Die Widerstände in England und seinen Kolonien waren doch damals schon sehr groß. Mit dem Vorgehen der jetzigen Regierung ist aber wohl das Schicksal des Benesch-Protokolls besiegelt. Darob hat sich in unserem schweizerischen Blätterwald ein großes Wehklagen erhoben. Man sieht ja immer noch in der Schweiz in weiten Kreisen dieses Erzeugnis tschechisch-französischer Staatskunst als einen großen Fortschritt auf dem Wege zum ewigen Frieden an. Man vergißt darüber ganz, daß im Völkerbund gelegte Ruckucksei etwas näher anzusehen. Nur so ist es zu erklären, daß man die außerordentliche Gefährlichkeit dieses fein ausgeklügelten Instrumentes zur Erhaltung des Frankreich genehmen Zustandes in Europa nicht erkannt hat, vor allem nicht die möglichen Folgen für unser Land. Wieder einmal scheinen wir ohne unser Zutun oder besser gesagt trotz unserem Zutun über eine gefährliche Klippe glücklich hinwegzukommen. Das wäre immerhin ein günstiges Ergebnis des Umschwunges in England für die Schweiz. Eine andere Frage ist es allerdings, wie sich die Zollpolitik der neuen Regierung auf unser Wirtschaftsleben auswirken wird.

Die zweite grundsätzliche Entscheidung ist gegenüber Rußland gefallen. Der Vertrag Mac Donalds mit den Sowjetleuten ist bei Seite gelegt worden. Außerdem läßt Baldwin den Russen keinen Zweifel darüber, daß er ihrer Wühlarbeit energisch entgegentreten wird. Damit ist auch hier eine scharfe Grenzlinie gezogen. Zu beachten ist aber noch, daß dadurch England auch in der russischen Politik wie im Völkerbund von der durch Frankreich unter Herriot befolgten Richtlinie abbrückt, ja zu ihr in ausgesprochenem Gegensatz tritt. Das Echo dieser Vorgänge in Frankreich ist denn auch sehr wenig günstig. Das zeigt sich im dritten Fall, wo die neue englische Regierung energisch durchgreift, eben in Ägypten. Die Franzosen sind eifrig bemüht, das dortige Feuerchen zu schüren. Zweifellos wird man ähnliche Vorgänge zwischen den „befreundeten“ Großmächten in nächster Zeit noch öfters beobachten können.

Vor einem wichtigen Wahlentscheid steht nun auch Deutschland. Am 7. Dezember werden die Reichstagswahlen zugleich mit der Erneuerung von einer ganzen Anzahl von Landtagen stattfinden. Auch in Deutschland war der Anlaß zur Parlamentsauflösung sehr geringfügig oder besser gesagt, es war überhaupt kein anderer da als das Bestreben einzelner Parteien, die günstige Konjunktur für sich auszunützen. Seit Monaten, ja seit dem Bestehen des neuen Reichstages war immer eine latente Regierungskrisis vorhanden. Im Reichstag waren diesmal die Rechtsparteien so stark vertreten, daß man auf sie ernsthaft Rücksicht nehmen mußte. Es gelang nun den Mittelparteien nicht, den deutschnationalen und den sozialdemokratischen Flügel zur Zusammenarbeit zu bringen. Die Sozialdemokratie wollte das auf keinen Fall, um nicht von ihrem Einflusse in bestimmten Landesverwaltungen, vor allem bei der Stellenbesetzung, einzubüßen. Zur Bildung eines Bürgerblocks, der zahlenmäßig möglich und regierungsfähig gewesen wäre, konnten sich wiederum die Mittelparteien nicht entschließen. Die Demokraten vor allem, aber auch der linke Zentrumsflügel unter Wirths Führung leistete dagegen heftigen Widerstand. So kam es zu der fortwährenden Regierungskrise. Diese wurde schließlich durch die geschickte Taktik des Reichspräsidenten Ebert, der sich durchaus als sozialdemokratischer Parteimann gibt, zu dem von den Sozialisten gewünschten Ziele gebracht, eben zur Reichstagsauflösung.

Warum wünschen denn die Sozialisten so eifrig Neuwahlen? Die letzten Wahlen haben der Partei einen sehr starken Verlust und damit ein ernstes Nachlassen ihres Einflusses gebracht. Die drohende Bildung eines Bürgerblocks stellte weitere Verluste in verschiedenen Landesregierungen in unmittelbare Aussicht; vor allem die absolute Herrschaft der Sozialisten im größten Bundesstaate Preußen war auf diese Weise gefährdet. Damit waren zahlreiche in Beamtenstellen versorgte Sozialisten in große Gefahr gekommen. Das muß für die ausgesprochen von den eigenen Parteibeamten (Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre und Parteijournalisten) geleitete Partei immer schwerer ins Gewicht fallen. Das Bestreben mußte deshalb sein, bei günstiger Gelegenheit Neuwahlen zu erreichen und damit die drohende Bürgerblockpolitik abzuwenden.

Diese günstige Gelegenheit bot nun die durch die allgemeine politische Entwicklung in Europa ausgelöste Linksströmung in Deutschland. Die Entstehung der Regierung Mac Donald, der Umschwung in Frankreich und die Bildung des Kabinetts Herriot, die ganze mit großem Lärm angekündigte Neuorientierung der französischen Politik schienen ja für Deutschland günstigere Zukunftsaussichten zu eröffnen. Es folgte die Annahme des Dawesplanes und die Umstellung der französischen Rheinlandspolitik. Damit schien der äußere Druck auf Deutschland endgültig nachzulassen und die entscheidende Wendung zu Gunsten Deutschlands sich zu vollziehen. Von außen und von innen wird deshalb den Deutschen gepredigt, daß sie sich nur entschieden „demokratisch“ und friedliebend zu gebärden hätten, damit ja diese günstige Entwicklung nicht unterbrochen würde. Diese Beweisführung hat ihren Eindruck in Deutschland nicht verfehlt.

Genau in demselben Sinne wirkte das allgemeine Erstarken der pazifistischen Strömungen, im Zusammenhang hauptsächlich mit der von Frankreich im Völkerbund eingeschlagenen Politik. Die deutsche pazifistische Bewegung, die über große Geldmittel verfügt, hat in den letzten Monaten starke Fortschritte gemacht. Deutsche und französische Redner ziehen landauf und -ab. Die Sozialdemokratie und die Demokratie begünstigen diese Bewegung aus allen Kräften. Für die unklare und widerspruchsvolle Gestaltung der deutschen politischen Verhältnisse ist es aber bezeichnend, daß diese Pazifisten unbedenklich mit dem ganz militärisch aufgezogenen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Hand in Hand gehen. Ihre Versammlungen werden von den militärisch geordneten Verbänden des Reichsbanners geschützt und besucht!

In demselben Sinne wie diese Strömungen wirkt schließlich die wirtschaftliche Beruhigung. Seit der Schaffung der Rentenmark vermögen die Leute, wenn ihre Einnahmen auch sehr klein sind, doch wenigstens wieder auszukommen

und können rechnen, einteilen und sparen. Die furchtbare Unsicherheit der Inflationszeit ist vorbei. Ein allgemeines Aufatmen ist die Folge. Der Abschluß des Dawesplanes und die Regelung der Verhältnisse im Rheinland und Ruhrgebiet haben die wirtschaftliche Festigung wieder gefördert. Diese Entwicklung hat genau wie in Österreich eine Abkehr der Massen von der Politik zur Folge gehabt.

Alle diese Erscheinungen haben die starke Rechtsentwicklung der letzten Jahre zum Stehen gebracht. Die Linksparteien, Sozialisten und Demokraten, haben Lust bekommen und hoffen, viele von ihren zeitweise abgeschwenkten Anhängern wieder zurückzugewinnen. Noch mehr Zuversicht gibt ihnen dazu die Schöpfung ihrer bewaffneten Organisation, eben des vielgenannten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Hoffnung macht ihnen auch die sehr ungeschickte Führung der Rechtsgruppen, die Uneinigkeit und Zersplitterung bei ihnen veranlaßt hat. So ist es denn begreiflich, daß die Linksparteien von Neuwahlen das Beste erhoffen.

Werden sich diese Ausichten erfüllen? Bis zu einem gewissen Grade sicherlich. Die beiden äußersten Flügel, die Deutschvölkischen rechts und die Kommunisten links, haben beide eine unglückliche Politik getrieben. Das Nachlassen des äußern Druckes und der wirtschaftlichen Not wirkt ebenfalls geradewegs gegen sie. Sie werden sicherlich in den kommenden Wahlen starke Verluste, vielleicht bis zur Hälfte ihrer Mandatzahl, erleiden. Bedeutungslos werden sie trotzdem noch nicht sein. Die Hauptparteien rechts und links sind die Deutschnationalen und die Sozialisten, die im aufgelösten Reichstag fast gleich stark waren. Die Deutschnationalen haben ebenfalls sehr unglücklich operiert und sind heute sozusagen führerlos und innerlich tief zerspalten. Das wird sich im Wahlkampf natürlich sehr bemerkbar machen. Verluste werden deshalb nicht ausbleiben. Ob sie aber sehr stark werden, muß doch bezweifelt werden. Die Sozialisten hingegen werden dank der Zeitströmung und dank ihren gefüllten Kassen einen ansehnlichen Gewinn einstreichen können. Von den Kommunisten werden sie ihren Hauptgewinn erzielen. Die Mittelparteien werden von der Wahlkonstellation ebenfalls ihren Vorteil haben. Die größte von ihnen, das Zentrum, hat sowieso eine völlig sichere Wählerschaft und kann wohl auch auf einen leichten Gewinn zählen. Die Deutsche Volkspartei, die Schöpfung Stresemanns, hat alle Aussicht, auf Kosten der Deutschnationalen ihre Verluste der letzten Wahl wieder auszugleichen. Die Demokraten schließlich, die schon ein recht kleines Grüppchen geworden sind, können ebenfalls von der Zeitströmung einen Vorteil erhoffen. Und das, trotzdem ihr rechter Flügel eben abgeschwenkt ist. Im Ganzen wird die linke Seite und die Mitte wohl gewinnen auf Kosten der Rechten. Die Frage ist nur die, ob der Gewinn ansehnlich genug sein wird, um einer Koalition der Mitte und der Linken eine sichere Mehrheit zu verschaffen. Das darf einigermaßen bezweifelt werden. Die Wahrscheinlichkeit ist viel größer, daß auch der neue Reichstag ziemlich arbeitsunfähig sein wird.

Im übrigen ist bei der Ziellosigkeit der deutschen Wählermassen immer damit zu rechnen, daß Vorfälle der letzten Stunde ähnlich dem Fall Mathusius eine ziemlich starke Wirkung auf den Wahlausgang haben können, nach der einen oder nach der andern Seite! Überhaupt ist nun natürlich nicht gesagt, daß die heutige Entwicklung nach links längere Zeit andauern wird. Je höher gespannt heute die Hoffnungen für die Zukunft in Deutschland sind, desto stärker wird der Rückschlag sein. Es wird sich bald zeigen, daß der äußere Druck in unverminderter Stärke weiter besteht, nur in etwas geänderter Form. Der Kampf an allen Grenzen des deutschen Volkstums wird sogar gerade jetzt von Litauern, Polen, Tschechen, Südslawen, Italienern und Franzosen mit äußerster Schärfe geführt. Diese Erkenntnis wird mit der Zeit unbedingt auch im sichern Innern Deutschlands kommen. Die wirtschaftlichen Nöte werden sich ebenfalls immer fühlbarer machen, je mehr Zahlungen nun wirklich an die Sieger von 1918 geleistet werden sollen. Das alles muß mit der Zeit wieder zu einem Stimmungsumschwung führen.

Ein Vergleich des Funktionierens des englischen und des deutschen Parlamentarismus fällt für diesen letztern sehr ungünstig aus. Wie rasch ist Parlamentsauflösung, Neuwahl und Regierungsneubildung in England erledigt gewesen! Und wie unglaublich langsam und unsicher arbeitet dagegen die vielräderige deutsche Maschinerie.

* * *

Zum Schluß sei noch kurz auf Umstellungen und sich ankündigende Neuorientierungen in andern Staaten hingewiesen: In Frankreich wird der innere Kampf immer heftiger. Die Rechte sammelt sich überall unter der Führung Millerands. Neue Blätter werden gegründet, eine neue Partei soll den überlebten nationalen Block ersetzen. Demgegenüber geht die radikale Regierung in ihren Staatsmaßnahmen immer schärfer vor. Es entwickelt sich nach und nach ein richtiger Kulturkampf. Am höchsten gehen die Wellen in Elsaß-Lothringen. Außerdem greift die Linkspresse die Führer der Rechten, Poincaré an der Spitze, immer schärfer an und sucht sie möglichst bloßzustellen. Dieser innere Kampf kann natürlich für Frankreichs Stellung in der Welt nicht ohne Bedeutung bleiben.

In Italien wird der Kampf der Linken gegen die Regierung Mussolini ebenfalls immer schärfer. Bereits glauben viele, daß die Tage der Herrschaft des Fascismus gezählt seien. Der Wunsch beeinflusst da wohl die Einschätzung stark. Wir glauben ganz und gar nicht, daß die Stellung Mussolinis schon so erschüttert ist, daß ein Umschwung in naher Aussicht wäre. Immerhin lenkt die innere Auseinandersetzung die Aufmerksamkeit der Italiener immer mehr auf sich. Sie muß deshalb die Kräfte des Landes ziemlich binden.

Vor einer ernsten Entscheidung steht heute Südslawien. Dort treten sich die Kroaten und Slowenen einerseits, die Serben andererseits gegenüber. Die bevorstehenden Wahlen müssen die Entscheidung, wenigstens die vorläufige, über die zentralistische oder föderalistische Gestaltung des Staates bringen.

In Belgien wird das Frühjahr ebenfalls Neuwahlen bringen. Dort drängt sich die Auseinandersetzung zwischen Flamen und Wallonen immer mehr in den Vordergrund. Der Kampf geht um die Errichtung der vlämischen Universität Gent, um die Teilung des Heeres nach Sprachen, um die Amnestie der politischen, meist vlämischen Gefangenen u. s. w. Die Neuwahlen können aber auch für die allgemeine Orientierung der belgischen Politik einen Einfluß haben. Gegen das Zusammengehen durch Dick und Dünn mit Frankreich machen sich doch nach und nach viele Stimmen geltend.

Das sind einige wenige, in nächster Zeit zur Lösung gelangende oder neu sich aufdrängende Fragen der europäischen Politik. Von der überseeischen ist dabei noch nicht einmal die Rede. Der Stoff für die Rundschau wird also nicht ausgehen!

W a r a u, den 24. November 1924.

H e k t o r A m m a n n.

Aus Zeitschriften

Über „Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“ handelt ein Beitrag von Dr. H. A. S. Lufft in New York in Heft 4/1924 des „Weltwirtschaftlichen Archivs“. Mit treffenden Worten zeichnet darin Lufft die weltpolitische Einschätzung, welche Europa in Amerika erfährt. „„Loß von Europa“, das ist der Wille der überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volkes. . . Jede Verstrickung in europäische Angelegenheiten wird heute grundsätzlich von den meisten Amerikanern abgelehnt. . . Europa ist zur Zeit ein hoffnungsloses und bedeutungsloses Objekt für Amerika.“ „Die infolge des Krieges eingetretene Verschiebung des Kräfteschwerpunktes aus London, Paris,